Die „bedingte Entlassung“ in Rußland und Polen.

(Gesetz vom 22. Juni/5. Juli 1909.)

Mitgeteilt von Rechtsanwalt Emil Stanisław Rappaport, Warschau.

Mitte Juli d. J. ist in der amtlichen „Sammlung der Gesetze und Regierungserlasse“¹⁾ das Gesetz, betreffend die bedingte Entlassung veröffentlicht worden. Es ist sicher eines der wichtigsten Gesetze, welche die russischen Kammern in der letzten Session angenommen haben: es ist zugleich das erste Gesetz — in der Reihe der letzten Regierungsentwürfe, betreffend die Reform des Gefängniswesens — welches endlich in die russische „Sammlung der Gesetze“ einverleibt und im Russischen Reiche (also im Kaiserthum Rußland und im Königreich Polen) in Kraft getreten ist. Schon die Verfasser des neuen Strafgesetzbuches von 1903 haben das in den westlichen Kulturstaaten längst mit Erfolg erprobte Institut für „eine unbedingt notwendige Vervollständigung jedes rationellen Gefängnis-systems“²⁾ gehalten, doch die augenblickliche Einführung der bedingten Entlassung im Russischen Reiche für unmöglich angesehen, wegen des schlechten Standes der Gefängnisse und des Mangels einer entsprechend organisierten polizeilichen Überwachung³⁾. Die Motive konnten keineswegs als überzeugend gelten. Im neuen Strafgesetzbuche wurden aber — ungeachtet des „schlechten Standes der Gefängnisse und der Mängel der polizeilichen Organisation“ — doch die Vorschriften, betreffend die unbedingte vorzeitige Entlassung beibehalten⁴⁾, mochten auch die Vertreter der Wissenschaft und Praxis⁵⁾, sowie die gesetzgebenden Faktoren jener Zeit

1) „Sobranie zakonieny i rasporiazheny pravitelstva“. Nr. 126 — 1216 vom 2. (15.) Juli 1909.

2) Art. 22 des Borentwurfs. Das Strafgesetzbuch. Begründung zum Entwurf der Redaktionskommission. Bd. I (allgem. Teil). St. Petersburg 1895, S. 73.

3) Das Strafgesetzbuch, op. cit. (Begründung. B. I, S. 195).

4) Art. 23; vergl. A. R. von Rezon, Ugolownoje Ulozschenie (Das Strafgesetzbuch). St. Petersburg S. 53—54, Abs. 3.

5) II. und III. Versammlung der russischen Gruppe der JRB. (vergl. „Begründung zum Entwurf des Justizministers, betreffend die bedingte Entlassung“ S. 4).

(Reichsrat) prinzipiell und kategorisch für die Einführung der bedingten Entlassung in Rußland sich aussprechen. Dieser Meinung hat sich nun auch der gegenwärtige Justizminister, Geheimrat *С ѣ т ѣ г л о в и т о в* angeschlossen. Er hat — nach Umarbeitung des Entwurfes der „vorkonstitutionellen“ Epoche (1904) — den endgültigen Gesetzentwurf der II. Reichsduma (1907) vorgelegt.

Daß nunmehr von der III. Duma und dem Reichsrat angenommene und vom Kaiser bestätigte Gesetz weicht von dem erwähnten Entwurf nur in wenigem ab. Man hat eine Reihe stilistisch-redaktioneller Änderungen vorgenommen, einige Details umgearbeitet; der Inhalt des Gesetzes im großen und ganzen ist jedoch dem Entwurf entsprechend geblieben. Dem Gesetze haben die Strafgesetzbücher Ungarns, Italiens, der Niederlande, Finnlands und hauptsächlich Frankreichs und Deutschlands als Muster gedient, weil — von den speziellen Vorschriften, betreffend das Verbleiben der Jugendlichen in den Besserungsanstalten⁶⁾ abgesehen — in der russischen Gesetzgebung kein Vorbild einer bedingten Befreiung zu finden ist. Deswegen ist auch die Geschichte der Einführung der „bedingten Entlassung“ im Russischen Reiche mit den Wurzeln des Instituts im Westen und entsprechender Erfahrung in einer Reihe europäischer Staaten eng verbunden⁷⁾.

Quelle und Vorbild der „bedingten Entlassung“ sieht man gewöhnlich in den Vorschriften des englischen Rechts, die Deportation nach den australischen Kolonien betreffend, nämlich in den von guter Führung („during good conduct“) abhängigen „tickets of leave“ (1847—53). In den Ländern des Großbritannischen Reiches, hauptsächlich in Irland, hat sich die Idee der allmähigen Anpassung des besserungsfähigen Verbrechers an das wiederaufzunehmende freie Leben am markantesten in dem sogenannten „progressiven“ Gefängnisssystem (auf dem Kontinent ohne richtigen Grund „irisches progressives System“ genannt⁸⁾) geoffenbart.

Außerhalb Englands wurde die Idee der bedingten vorzeitigen Entlassung in Verbindung mit der zweckmäßigen Abstufung von Form und Inhalt der Freiheitsstrafe schon in der ersten Hälfte

⁶⁾ Art. 162 der Gefängnisordnung. Ausgabe vom Jahre 1890.

⁷⁾ Begründung (*objasnitielnaja zapiska*) S. 3.

⁸⁾ Die irischen „intermediate prisons“ wurden eingeführt von *Walter Crofton* im Jahre 1854. So bei *Bidal*: „Cours“, S. 565 und and.; vgl. die kritischen Bemerkungen von *v. Liszt* im „Lehrbuch“, S. 260.

des XIX. Jahrhunderts in mehreren schweizerischen Kantonen verwirklicht und in der zweiten Hälfte folgten Portugal (1861), Sachsen (1862), das Deutsche Reich (1871), weiter Ungarn-Kroatien-Bosnien, die Niederlande, Italien, Finnland u. a. ihrem Beispiele. Die Franzosen kämpften um die Priorität des Gedankens, sowie der Ausführung der Reform⁹⁾, obwohl tatsächlich die bedingte Entlassung in Frankreich erst durch das Gesetz vom 14. August 1885 eingeführt wurde.

Die Statistik lehrt uns, daß in allen diesen Ländern die bedingte Entlassung im Kampfe der modernen Zweckstrafe mit dem Gewohnheitsverbrechertum ernste Resultate erzielt hat; der durchschnittliche Prozentsatz der Widerrufe der Entlassungen im letzten Vierteljahrhundert hält sich zwischen 3% und 4% und steigt nirgends über 4%.

Die „bedingte Entlassung“, sowie die „unbestimmte Verurteilung“¹⁰⁾ in der Praxis der amerikanischen Reformatorien sind der Notwendigkeit entsprungen, den angehenden Gewohnheitsverbrecher möglichst noch zu bessern und sie entwickelten sich, dank der Ideen der Individualisierung der Strafe und der Mithilfe der gesellschaftlichen Organisationen (Patronate). Im System der Zwecke, Aufgaben und Mittel der modernen Strafrechtspflege erscheint das Institut als eine eigenartige Form der Verbüßung der Freiheitsstrafe¹¹⁾ und dient als Mittelglied zwischen der „bedingten Verurteilung“ der Gelegenheitsverbrecher und der „Rehabilitation“ der gebesserten, sozial angepaßten Individuen.

* * *

⁹⁾ Vergl. die Bemerkungen von Vidal („Cours“, S. 613), auch Greffier: „La libération conditionnelle“ in „Institut pénit. de la France“ 1895. S. 218 und ff. (Prof. Vidal weist darauf hin, daß schon im Jahre 1847 ein französischer Richter, Bonnevillle de Marsangh die Grundsätze der bedingten Entlassung entwickelt habe in einer wertvollen Arbeit unter dem Titel: „Institutions complémentaires du régime pénitentiaire“, die offiziell unter den Parlamentsmitgliedern verteilt wurde. 1850 habe man die Gedanken des Marsanghschen Buches in dem Gesetz über die Erziehung der Jugendlichen verwertet. Die Veröffentlichung des Gesetzes im amtlichen „Moniteur“ habe die englische Nachahmung (die „tickets“ von 1897) herbeigeführt.

¹⁰⁾ „Indeterminate sentences“.

¹¹⁾ Begründung, op. cit., S. 2.

Die äußerliche redaktionelle Gestaltung des neuen Gesetzes ist — obwohl eine Reihe von guten Mustern vorlag — eine wenig befriedigende¹²⁾. Das Gesetz enthält 24 Artikel in der Abteilung I und eine Übersicht (Abteilung II, ein einziger Artikel) der alten, jetzt außer Kraft gesetzten Normen¹³⁾. Man bemühte sich sichtlich, die Einzelheiten der Organisation des neuen Instituts im Gesetze selbst zu fixieren und sich nicht mit einer kurzen Fassung des Hauptinhalts des Instituts zu begnügen, wie es die Mehrheit der erwähnten Gesetzgebungen tut¹⁴⁾.

Der Artikel I¹⁵⁾ bestimmt; 1. Die Kategorie der Strafen und Sträflinge, bei denen die bedingte Entlassung Anwendung findet (Gefängnis, die sogen. „Arrestanten-(besserungs-)abteilung“, Arbeits-(besserungs-)haus, (bis jetzt . . . nur auf dem Papiere) und 2. die minima der Einsperrungszeit: ein absolutes Minimum (6 Monate und ein relatives („drei Viertel“ der Strafzeit), vor deren Ablauf man die bedingte Entlassung nicht erteilen darf.

In diesem Artikel merkt man den Einfluß der entsprechenden Normen der westlichen Gesetzgebungen; die Kategorien der Strafen und der Sträflinge wurden hauptsächlich von den Italienern übernommen (Auscheidung der „katorga“ — „ergastolo“), das relative Minimum der Einsperrungszeit — von den Deutschen („drei Viertel“), teilweise von den Italienern, Ungarn und Finnländern; und was das absolute Minimum anbetrifft, hat man sich — nach

¹²⁾ Vergl. den Text in der „Sammlung der Gesetze und Regierungserlasse“ 126/1216, 1909; auch in der Ausgabe (mit Beilagen) von G. G. Chodunoff (red. von dem Reichsratsstaatssekretär D. A. Koptieff). St. Petersburg. Reichsdruckerei (August) 1909.

¹³⁾ Art. 317 und Bemerkungen 1 und 2 der Gefängnisordnung („Sammlung der Gesetze. B. XIV, Ausgabe 1890 und Fortsetzung vom Jahre 1906) und — Teil III des Art. 23 des Strafgesetzbuchs vom 22. März 1903.

¹⁴⁾ S. das deutsche Strafgesetzbuch (§§ 23—26), das ungarische (§§ 44 bis 52), das niederländische (§§ 14—17) usw. Dessenungeachtet hat man selbstverständlich den Weg der speziellen Instruktionen und Dienstordnungen nicht vermeiden können (sie wurden sogar voraus — Art. 24 des ministeriellen Vorentwurfs — angekündigt). Dienstordnungen („Zirkulare“) sind schon erschienen.

¹⁵⁾ Art. I in freier Übersetzung lautet: Der zu einer Gefängnisstrafe, zur Einsperrung in eine Arrestantenbesserungs-Abteilung oder zum Arbeits-hause Verurteilte kann bedingt entlassen werden, wenn er drei Viertel der ihm auferlegten Strafe verbüßt und mindestens sechs Monate in der Strafanstalt verbracht hat.

einigem Widerstand — dem französisch-belgischen System ange-schlossen und zwischen 3 Monaten (Frankreich-Belgien) und einem Jahre (Deutschland, Ungarn) den halbjährigen Zeitraum endgültig gewählt.

Außer den Abschreckungsstrafen (Haft, kurzzeitige Gefängnisstrafe), außer der „custodia honesta“ der Festungsstrafe und der Ausscheidungsstrafe der Deportation (nach Sibirien), ist aus den Kategorien der Strafen, bei denen vorläufige Entlassung möglich sein soll, auch, wie schon bemerkt, das schwere Zuchthaus (Zwangsarbeit — „katorga“) eliminiert worden, obwohl es theoretisch Besserungszwecke verfolgt und von der Mehrheit der westlichen Gesetzgebungen im gegebenen Falle nicht außer Acht gelassen wird. Die Motive, die die prinzipiellen Fehler einer solchen Stellungnahme anerkennen¹⁶⁾, erinnern sehr an die oben erwähnten Motive der Redakteure des Strafgesetzbuchs von 1903. Wieder beruft man sich auf den gegenwärtig „schlechten Stand“ der Katorga und auf die Notwendigkeit der Reorganisation der Zwangsarbeiten im Geiste der modernen Forderungen¹⁷⁾.

Artikel II, überflüssig und, im Gegensatz zu den Vorbildern, von dem ersten getrennt¹⁸⁾, bestimmt nicht mehr objektive Bedingungen der „bedingten Entlassung“ (Kategorie der Strafen, Zeitraum), sondern die subjektive, individuelle Grundbedingung, nämlich die „gute Führung“ des Sträflingskandidaten, in der Strafanstalt und — eventuell — nach der „bedingten“ Entlassung.

Diese Vorschrift ist in allen entsprechenden Gesetzgebungen beinahe identisch formuliert worden¹⁹⁾: überall wurde hier nicht

¹⁶⁾ Minist.-Entwurf. „Begründung“ S. 9.

¹⁷⁾ Ibidem, S. 9—10. Chodunoff-Koptieff, f. o., S. 16.

¹⁸⁾ Vgl. das deutsche StGB. § 23 (. . . „sich auch während dieser Zeit gut geführt haben“ . . .); vergl. § 44 des ungarischen StGB.; Art. 1 des königlichen Erlasses vom 1. August 1888 (zum belgischen Gesetz vom 31. Mai 1888); das finnländische Gesetz vom 19. Dezember 1889. „Sammlung der Gesetze des Großherzogtums Finnland.“ Jahrg. 1894, Nr. 17 und § 1 des Gesetzbuchs.

¹⁹⁾ Der ministerielle Entwurf bot eine ausführlichere Redaktion: außer der „guten Führung“ — Fleiß in der Strafanstalt — forderte er für die Zulassung der „bedingten Entlassung“ die Beurteilung der der Verhaftung vorangegangenen Lebensweise des Kandidaten, sowie des Milieus, in welches er nach der Befreiung zurückkehren werde. Die Kommission für

formelle Abwesenheit von Übertretungen (Disziplinarstrafen), sondern Zeichen einer inneren Veränderung gefordert, welche eine wirkliche „bürgerliche Besserung“ des Kandidaten beweisen können.

Das sind die zwei Grundartikel des neuen Gesetzes.

Artikel III bezeichnet die Ausnahmen von der Regel — die spezifischen Verbrechergruppen, welche vom Wirkungskreise des neuen Gesetzes ausgeschlossen worden sind. Es sind die wegen Pferdediebstahl²⁰⁾ und Landstreicherei²¹⁾ Verurteilten, endlich diejenigen, welche nach der Verbüßung der Freiheitsstrafe ipso jure der Eliminationsstrafe (nicht Besserungsstrafe) der Deportation unterworfen sind²²⁾.

Artikel IV verkürzt den Zeitraum der polizeilichen Überwachung für diejenigen „bedingt Entlassenen“, welche diese Prüfungszeit glücklich überstanden haben. Der Zeitraum nachhaftlicher Überwachung soll für diese nicht vom Momente der beendigten Strafzeit, sondern schon vom Momente der „bedingten“ Befreiung an gerechnet werden.

Das Gesetz geht über zur Bezeichnung der Personen und Behörden, welchen die Initiative und die Entscheidung hinsichtlich der bedingten Entlassung, sowie die Organisation der eigentlichen Überwachung des bedingt Entlassenen anvertraut wird. Das neue russische Gesetz fixiert diese Punkte im Texte des Gesetzes, anstatt in den ergänzenden „Dienstordnungen“ (wie Deutschland²³⁾). Vom Standpunkte der Gesetzestechnik wird diese Arbeit ungenügend erledigt (ca. 15 Artikel vermischen prinzipielle Vorschriften mit den Einzelheiten der Instruktionsregeln²⁴⁾), dagegen führt materiell das russische

Gerichtsreformen der Reichsduma fand die Einzelheiten instruktioneller Art im Texte des Gesetzes für überflüssig. (Vergl. Chobunoff-Koptieff, o. c., S. 44).

²⁰⁾ Auf Wunsch und Initiative der Reichsduma. Vergl. die allerneueste Strafverschärfung dieses Delikts (Gesetz vom 6./19. Juni d. Jahres, „Sammlung der Ges. und Regier.-Erl.“ 105/953, 1909).

²¹⁾ Das Gesetz vom 10/23. April 1906 („S. der Ges. u. Regier.-Erl.“ Nr. 675/06) bestimmt die Deportation der Landstreicher nach dem Jakutenlande (Sibirien).

²²⁾ Im Falle der Strafenkumulation (Art. 133, Abt. II, Abs. 4 des alten StGB., Ausgabe 1906 und Art. 66, Abs. 6 des neuen StGB.).

²³⁾ Minister.-Erlaß vom 21. Januar 1871; Dienstordnung vom 14. November 1902 für die dem Ministerium des Innern unterstellten Strafanstalten: in: Preußen, u. andere.

²⁴⁾ 8. B. Art. 8—9; 17—18 u. andere.

Gesetz zwei unbedingt richtige und bedeutungsvolle Neuerungen ein: 1. schließt es die überflüssige Zentralisierung des endgültigen Beschlusses, betreffend die bedingte Entlassung in der Hand der Minister oder der höchsten Verwaltungsbehörden völlig aus²⁵⁾ und überweist diese Funktionen den Bezirksgerichten (Landesgerichten), 2. führt es, wie die Minorität der geltenden Gesetze, eine „Sonderkommission“ (osoboje sowieschtschanije) ein, die die Kandidaten zur bedingten Befreiung bezeichnet, nämlich die Vertreter der Patronate, der Gefängnisschutzgesellschaften (der Gefängniswohlthätigkeitskomitees in Petersburg und Moskau)²⁶⁾ und betont so ganz besonders das gesellschaftliche Element.

Die Einzelheiten der Organisation unseres Instituts im russischen Gesetze (Art. V—XIX) stellen sich folgendermaßen dar:

Den Antrag betreffend die bedingte Entlassung kann stellen: 1. der Staatsanwalt, 2. der Strafanstaltsvorsteher, 3. der Direktor, die Direktorin oder ein Mitglied (des Komitees oder der Abteilung) der Gefängnisschutzgesellschaft (des Gefängniswohlthätigkeitskomitees in Petersburg und Moskau) und ein Mitglied der örtlichen Patronatsgesellschaft, 4. der Gefängnisgeistliche, 5. der Gefängnisarzt (Art. V)²⁷⁾.

Die genannten Personen können den Antrag, betreffend die bedingte Entlassung stellen nach, sowie vor dem Ablaufe der „drei Vierteile“ der Strafzeit, mit der Bedingung aber, daß die bedingte Entlassung nur nach dem Ablaufe des durch Art. I des Gesetzes festgesetzten relativen Minimums der Einsperrungszeit stattfinden (Art. VI).

²⁵⁾ Es entscheiden die Minister: des Innern — in Frankreich; der Justiz — in Belgien, Italien und Ungarn; die „Oberste Justizaufsichtsbehörde“ in Deutschland; der Senat (das Gerichtsdepartement) in Finnland.

²⁶⁾ In der Mehrheit der Gesetzgebungen bestehen solche Kommissionen aus Beamten: das „Comité de la libération conditionnelle“ — in Frankreich und Belgien; die „Gefängnisverwaltung“ — in Deutschland; die Gefängnisdirektion — in Finnland; in Ungarn aber nehmen auch zwei Vertreter der Munizipalverwaltung daran teil.

²⁷⁾ Im Einklang mit der Mehrzahl der heutigen Gesetze (Ausnahmen bilden das französische, ungarische und italienische Ges.) schließt das neue russische Gesetz die Person des betreffenden Sträflingskandidaten aus der Zahl derjenigen aus, die das Recht besitzen, den Antrag, betreffend die bedingte Entlassung zu stellen (Vergl. die Beilagen zum Texte des Gesetzes in der Ausgabe von Chodunoff, o. o., S. 40—41 und 53).

Den Entlassungsantrag legt der Strafanstaltsvorsteher der oben erwähnten Qualifikationskommission vor. Zu dieser „Sonderkommission“ gehören: 1. ein Vertreter der Staatsanwaltschaft, 2. der Gefängnisinspektor (oder sein Gehilfe), 3. ein Vertreter der Polizei, 4. der Strafanstaltsvorsteher (oder sein Gehilfe), 5. der Gefängnisgeistliche, 6. der Gefängnisarzt, 7. der Gefängnislehrer — somit 7 Beamte; weiterhin: 1. zwei Direktoren (oder Vorsteherinnen) des Komitees oder der Abteilung der Gefangenenschutzgesellschaft — durch die Gesellschaften gewählt (in Petersburg und Moskau: des Gefängniswohlthätigkeitskomitees) und 2. zwei Mitglieder der Patronatsgesellschaften in Orten, wo Patronate gebildet worden sind — also: 4 Privatpersonen. Den Vorsitz führt der speziell ernannte Friedensrichter (ev. Kreisgerichtsrat des Bezirksgerichts).

Die Sitzung der Kommission findet statt bei Anwesenheit: 1. des Vorsitzenden, 2. des Gefängnisvorstehers (oder seines Gehilfen), 3. eines der obengenannten Vertreter der Gefangenenschutzgesellschaften, des Gefängniswohlthätigkeitskomitees oder der Patronate (Art. VII)²⁸⁾.

Die Beschlüsse sind durch gewöhnliche Stimmenmehrheit zu fassen; im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden (Art. VIII). Der Beschluß und dessen Motive werden ausführlich protokolliert. Ein eventuelles *votum separatum* wird in schriftlicher Form zu den Akten gefügt (Art. IX). Die Vorschriften des folgenden Artikels bestimmen, daß, im Falle eines abschlägigen Beschlusses der „Sonderkommission“, nach dem Ablaufe von drei Monaten der Antrag erneuert werden darf (Art. X). Es handelt sich hier selbstverständlich um die Begrenzung der Zahl der Entlassungsanträge, da abschlägige Beschlüsse im voraus zu erwarten sind.

Der Strafanstaltsvorsteher teilt dem Entlassungskandidaten den für ihn günstigen Beschluß der Sonderkommission mit, erklärt ihm, daß die endgültige Entscheidung vom Bezirksgerichte zu erwarten sei, gibt ihm ein Verpflichtungsformular zur Unterschrift, worin der zu Entlassende sich verpflichtet, nach der Entlassung die ihm vor-

²⁸⁾ Der Dumaabgeordnete und orthodoxe Bischof Eulogius forderte zur Zahl der „unentbehrlichen“ Mitglieder der „Sonderkommission“ auch den Gefängnisgeistlichen. Der Vorschlag wurde jedoch im Gesetze nicht berücksichtigt (Vergl. Chodunoff-Koptieff, o. c., Beilagen: die Verhandlungen der Reichsduma, S. 187, 191, 205—9).

geschriebenen Regeln zu beobachten und vermerkt endlich den künftigen Wohnort des Kandidaten (Art. XI).

Mit diesem Zeitpunkt tritt der Entlassungsantrag in das letzte Stadium der Vorerörterungen und die Prozedur der Beschlußfassung wird möglichst verkürzt.

Der Strafanstaltsvorsteher schickt die betreffenden Aktenstücke — durch die Staatsanwaltschaft — dem zuständigen Bezirksgericht zu, spätestens am Tage nach der Erfüllung der im Art. XI erwähnten Formalitäten. Zuständig ist dasjenige Bezirksgericht, in dessen Kreis der Sträflingandibat seine Strafe verbüßt (Art. XII). Auf Grund des Vorschlags des Staatsanwalts beurteilt das Bezirksgericht den Entlassungsantrag in der Geschäftsitzung und zwar im Laufe des nächsten Gerichtstages. Im Falle der Bestätigung des Kommissionsbeschlusses wird vom Bezirksgerichte der Wohnort des bedingt Entlassenen bestimmt. Die betreffenden Gerichtsbeschlüsse sind endgültig und sogleich vollstreckbar (Art. XIII). Der Strafanstaltsvorsteher erfüllt den Befehlsbeschluß des Bezirksgerichtes im Verlaufe von 24 Stunden. Wird der Beschluß vor dem Ablaufe der drei Viertel der Strafzeit gefaßt, so tritt er am Tage des Ablaufs des relativen Einsperrungsminimums in Kraft. Der gleiche (XIV.) Artikel enthält eine Anweisung an den Strafanstaltsvorsteher, betreffend den *modus procedendi*, falls neue unvorhergesehene und vom Gericht nicht berücksichtigte Umstände eintreten, welche für die Beurteilung des bedingt Entlassenen unvortheilhaft sind. Solchenfalls führt der Strafanstaltsvorsteher den Gerichtsbeschluß aus, meldet aber sogleich die Hindernisse dem Staatsanwalt, um einen Revisionsbeschluß zu veranlassen.

Die Art. XV—XIX enthalten Vorschriften, welche das bedingte Verbleiben des Entlassenen in der Freiheit regulieren.

Während dieser ganzen Zeit unterliegt er dem Schutze eines Patronates oder einer Gefangenenschutzgesellschaft (ev. des Gefängniswohlthätigkeitskomitees); im Falle der Unmöglichkeit, eine solche Schutzüberwachung zu organisieren (einer Ablehnung wegen; oder mangels dieser Gesellschaften am vorgeschriebenen Aufenthaltsorte, vgl. Art. XIII), wird der Schutz des bedingt Entlassenen dem zuständigen Richter: Friedensrichter, Landrichter²⁹⁾ oder endlich dem

²⁹⁾ Der Hinweis auf die „Landrichter“ („*sendzia gminny*“ — Königreich Polen) ist dem Antrage des Abgeordneten Parczewski in der Duma

folgen. „ziemski natschalnik“ (im inneren Rußland und Lithauen) übertragen. Die genannten Amtspersonen können ihrerseits den Schutz und die Überwachung einer philanthropischen gesellschaftlichen Institution übertragen, wie auch einer vertrauenswürdigen Privatperson (Art. XV). Wenn zureichende Gründe vorliegen, hat der bedingt Entlassene das Recht, die oben erwähnten Amtspersonen um den Wechsel des ihm zugeteilten Vormunds zu bitten (Art. XVI). Die Gelder des Entlassenen übersendet der Strafanstaltsvorsteher dem Vormunde (Einzelperson oder Gesellschaft), um sie dem Eigentümer teilweise und nach Bedarf auszuzahlen (Art. XVII).

Die Art. XVIII und XIX weisen auf die polizeilichen Beschränkungen hin.

Der bedingt Entlassene soll sich binnen 24 Stunden nach seiner Ankunft bei der betreffenden Polizeibehörde melden, die sogleich die zuständige Institution oder Amtsperson (vgl. Art. XV) in Kenntnis setzt. Ohne Erlaubnis der Schutzüberwachungsorgane ist es dem Entlassenen nicht gestattet, den festgesetzten Aufenthaltsort zu verlassen. Die Erlaubnis kann ihm überhaupt nicht für länger als Monatsfrist erteilt werden. Für die Erteilung der Erlaubnis zu längerem Fortbleiben oder für die Erlaubnis, den Wohnort ganz zu verändern, ist der entsprechende Kreisbezirksgerichtsrat, eventuell das Bezirksgericht zuständig (Forum des zurzeit festgesetzten Aufenthaltsortes).

Wir gehen zu den Art. XX—XXIII über, welche die Frage des Widerrufs der bedingten Entlassung regeln.

Der Grundartikel XX³⁰⁾ des neuen russischen Gesetzes ist wie die analogen Vorschriften in den ihm als Vorbild dienenden Gesetzen³¹⁾ gefaßt worden und nennt als Gründe des eventuellen Widerrufs: eine Verurteilung oder die „schlechte Führung“, Trunksucht, liederliche Neigungen, Faulheit, Landstreicherei, verdächtige Bekanntschaften usw., endlich Nichterfüllung anderer Bedingungen, die bei der Entlassung gestellt worden sind. Der Widerruf ist unbedingt

Kommission zu verdanken (i. Chodunoff-Roptieff, o. c., die Dumaverhandlungen S. 204—5; vgl. meinen Aufss. in der „Gazeta Sondowa warschawska“ Nr. 36—8, 1909).

³⁰⁾ Vergl. das deutsche StGB. § 24, das italienische § 17, das belgische Gesetz § 13, das finnländische § 11, das französische § 2.

³¹⁾ Vergl. auch die preussische Dienstordnung vom 14. November 1902.

im Falle einer in Kraft getretenen Beurteilung auf eine höhere Strafe als Haft.

Etwaige Übertretungen der Bedingungen der Entlassung teilt das zuständige Schutzüberwachungsorgan (Institution oder Privatperson) oder die entsprechende Polizeibehörde dem Richter mit (vgl. Art. XV), welcher die ganze Widerrufsangelegenheit durch die Staatsanwaltschaft, eventuell nach vorläufiger Prüfung der Tatsachen, dem zuständigen Bezirksgericht (vgl. Art. XIX) übersendet. Der genannte Richter hat das Recht, den bedingt Entlassenen zu verhaften, wenn seine „schlechte Führung“ den Frieden einer Person oder der Gesamtheit zu bedrohen vermag; auch kann er selbst nach freiem Ermessen den Widerrufsantrag stellen (Art. XXI). Hinsichtlich des Widerrufsantrags beim Bezirksgerichte finden die Vorschriften, betreffend den Entlassungsantrag analoge Anwendung (vgl. Art. XIII). Der bedingt Entlassene hat das Recht, soweit er vor Gericht erscheint, seine Erklärungen abzugeben. Nötigenfalls kann das Gericht seine Anwesenheit fordern, aber nur falls es sich an dem dem Entlassenen bestimmten Wohnorte befindet; jedenfalls verhindert dessen Abwesenheit nicht die Beurteilung der Sache (Art. XXII). Im Falle des Widerrufs der Entlassung wird die in der Freiheit verbrachte Zeit zu der Strafzeit nicht hinzugerechnet und die Vollstreckung des vorher nicht verbüßten Teiles der Strafe beginnt mit dem Momente der Wiederverhaftung des bedingt Entlassenen (Art. XXIII).

Endlich bestimmt Art. XXIV (Abt. I), daß die Strafe als endgültig verbüßt anzusehen sei, wenn die festgesetzte Strafzeit abgelaufen ist, ohne daß der im Art. XX des Gesetzes besprochene Widerruf erfolgt ist.

Es ist die wörtliche Wiedergabe des § 26 des deutschen Strafgesetzbuches und anderer analoger Vorschriften.³²⁾

* * *

Wir haben den Inhalt des russischen Gesetzes bis in die Details wiedergegeben, wobei wir uns bemüht haben, auf rechtsvergleichender Grundlage seine nicht originellen allgemeinen Umrisse und bedeutungsvolle, gewissermaßen selbständige³³⁾ Einzelheiten

³²⁾ Vgl. das italienische StGB. § 17, das ungarische § 50, das französische Gesetz § 2, das finnländische § 17 u. a. (Vergl. Chobunoff-Koptieff, o. c., S. 105.)

³³⁾ Ein relatives Vorbild — das ungarische Gesetz (s. Note 26).

scharf auseinander zu setzen. Als solche ohne Zweifel hervorragende Neuerung ist vor allem anzusehen: die Teilnahme des gesellschaftlichen Elementes (Patronate, Gefängnisgesellschaften) in der inneren Organisation des Instituts der bedingten Entlassung, der direkte Einfluß der Einzelpersonen und Gesellschaften, welche Quellen und Triebe des Verbrechens zu untersuchen haben, auf die staatliche Strafzumessung.

Hauptsächlich für das Königreich Polen, das heutzutage in seinen Grenzen jeglichen Einflusses auf die Form und den Inhalt der Bekämpfung des Verbrechens entbehrt, besitzt das neue Reichsgesetz eine besondere praktische Bedeutung.

Das Anwachsen der Patronatsgesellschaften für aus den Strafanstalten Entlassene bei den Polen, ihre beginnende ernste Arbeit in den „Sonderkommissionen“ sind geeignet, als direkte Triebe zu dienen zur Belebung der Reformbewegung auf einem Gebiete, das bisher den polnischen Gelehrten und kriminalistischen Praktikern wenig zugänglich gewesen war. Es ist schon seit längerer Zeit „dem Verbrechertum in Polen“, seinen allgemeinen Ursachen, seinen Merkmalen und speziellen Bedingungen eine ernste Aufmerksamkeit zu widmen nötig, wie es auch die Kriminalisten (Juristen und Nichtjuristen) in allen zivilisierten Ländern tun. Die theoretische Tätigkeit dieser kriminalistischen Fortschrittler konzentriert sich immer mehr in der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung, die praktische in den Kinderschutzgesellschaften, Gefangenenenschutzgesellschaften und in den Patronatsgesellschaften für die Entlassenen. Besonders die Patronate werden überall zu einem der wichtigsten Momente im zweckmäßigen Kampfe mit dem Gewohnheitsverbrechertum, mit Rezidiven und helfen dem aus der Strafanstalt Entlassenen, zu den normalen Bedingungen des Lebens in der Gesellschaft zurückzukehren und sich das Brandmal des Verbrechens von der Stirn zu waschen. Und damit entscheiden sie beinahe über den praktischen Erfolg solcher modernen Mittel der Kriminalpolitik, wie die vorzeitig bedingte Entlassung und anderer geistig verwandten. Darum auch wird der Frage der Förderung der Patronatsentwicklung im Reiche sehr viel Beachtung zuteil,³⁴⁾ wie die entsprechenden Gutachten der gesetzgebenden Kammern, wie auch die Verhandlungen selbst, hauptsächlich die Dumaverhandlungen

³⁴⁾ Chobunoff-Roptieff, o. c., S. 23—26; 31—32; 106—217; 217—362.

beweisen. Man erinnerte die Regierung an den Allerhöchsten Befehl vom 28. Februar 1901, betreffend das Bedürfnis der Veröffentlichung eines „normalen Statuts der Patronatsgesellschaften“³⁵⁾ und machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, ein „Gesetz, betreffend Maß und Bedingungen der Staatssubsidien für die Patronatsgesellschaften“ zu erlassen.³⁶⁾

In der Tat, diese Hilfe³⁷⁾ und Mitwirkung des Staates bei Vermehrung des Netzes der privaten³⁸⁾ Patronatsgesellschaften ist eine der wichtigsten Bedingungen, damit der „schönen Theorie“ des neuesten Gesetzes, betreffend die bedingte Entlassung günstige praktische Wirkungen an die Seite treten können.

³⁵⁾ Vom Justizminister am 10. (23.) September 1908 bestätigt unter dem Titel: „Normales Statut der Schutzaufsicht über die Personen, welche von den Strafanstalten entlassen werden (Patronat).“ (Chobunoff-Koptieff o. c., Beilage S. 363—374).

³⁶⁾ Abteilung III (einziger Artikel) des Gesetzes in der ursprünglichen Redaktion der Reichsbuma, dann vom Reichsräte und in der endgültigen Fassung des Gesetzes gestrichen (Chobunoff-Koptieff, o. c., S. 169—170).

³⁷⁾ Die bisherigen Gesetze, betreffend die bedingte Entlassung beschäftigen sich mit den Patronatsgesellschaften im Texte des Gesetzes selbst nur in dieser besonderen Hinsicht (Vergl. die Art. 7 und 8 des französischen Gesetzes vom 14. August 1885).

³⁸⁾ Prof. Vidal („Cours“, S. 615) schreibt: „Das Werk (Patronat) fordert gleichzeitig Ergebenheit und Diskretion; es ist und muß sein ein Werk der Privatinitiative, frei von jedem offiziellem oder administrativen Charakter.“